LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21604**

06.10.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Abzocke an der Tankstelle in NRW unterbinden und aus Übergewinnen der Konzerne Entlastungsmaßnahmen finanzieren!

I. Ausgangslage

Zum 1. Oktober hat die Bundesregierung Entlastungen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro für die berufstätigen Familien, die auf ein Auto angewiesen sind, und für die Wirtschaft bis zum Jahresende in Form des zweiten „Tankrabatts“ in Kraft gesetzt. Dass die Steuersenkung nicht immer umfänglich an die Zapfsäulen durchgereicht wird, nennt Ministerpräsident Wüst einen Skandal und kritisiert die Selbstbereicherung der Konzerne: „Wenn sich die Mineralölkonzerne an den Entlastungsmaßnahmen für Pendler und Unternehmen bereichern, ist das ein Skandal. Ein solches Verhalten reißt nicht nur Löcher in die Familienkasse, sondern untergräbt auch das Vertrauen der Menschen in unsere soziale Marktwirtschaft.“[1]

Skandalös erscheint vielmehr die politische Untätigkeit angesichts dieses Befunds. Ministerpräsident Wüst und seine schwarz-grüne Landesregierung haben seit dem ersten „Tankrabatt“ im Mai/Juni 2026 sowie seit Geltung der 12-Uhr-Regel zum 1. April nichts unternommen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und Recht in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen.

Der SWR identifizierte allein im Juli bundesweit 1.100 Tankstellen, die ihre Preise mehr als 5.500-mal rechtswidrig erhöht hatten.[2] Die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe zählte von Mai bis Juli 2026 insgesamt 5.084 mögliche Verstöße.[3] Gut acht Prozent davon sind für Nordrhein-Westfalen dokumentiert, also rund 400 Verstöße in drei Monaten.[4]

„Für die Durchsetzung der Regel und etwaige Bußgelder sind die Länder zuständig“, stellte der Präsident Mundt des Bundeskartellamts bereits im Frühjahr fest.[5] Diese Zuständigkeitsordnung ergibt sich zuerst aus Art 83 GG, wonach die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten ausführen – und gilt auch für die Umsetzung des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes (KPAnG) mit der 12-Uhr-Regel. Doch die Ministerinnen Neubaur und Gorißen

[1] Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 2026, S. 1, abrufbar unter: https://www.waz.de/politik/article413321340/skandal-warum-der-teure-tankrabatt-flop-nrw-regierungschef-wuest-aergert.html [05.10.2026].
[2] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/laender-ermittlungen-spritpreise-100.html
[3] https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/binnen-drei-monaten-5000-moegliche-verstoesse-gegen-12-uhr-tankregel,tankverstoesse-100.html [05.10.2026].
[4] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/laender-ermittlungen-spritpreise-100.html
[5] https://www.bundeskartellamt.de/DE/Aufgaben/MarkttransparenzstelleFuerKraftstoffe/Tankrabatt/Tankrabatt_node.html#doc436416bodyText1 [05.10.2026].

Datum des Originals: 06.10.2026/Ausgegeben: 08.10.2026

erklärten sich gegenüber der Bundeswirtschaftsministerin für unzuständig und taten nichts: „Aus Gründen der Effizienz und zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands sollte eine Bundesbehörde als zentrale Stelle für den Vollzug des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes verantwortlich sein.“[6] Während andere Bundesländer wie Niedersachsen Ähnliches anregten, gingen sie gleichzeitig voran und verhängten aktiv Bußgelder, wo Tankstellen rechtswidrig Preise erhöht haben.[7] Nordrhein-Westfalen meldete dem Bundeskartellamt trotz mehrfacher Aufforderung seit April nicht einmal eine zuständige Landesbehörde, an welche die Markttransparenzstelle die eigens dokumentierten Verstöße übermitteln konnte.[8] Dabei sind gleich zwei Kartellbehörden im MWIKE angesiedelt – Landeskartellbehörde und Energiekartellbehörde NRW.[9]

Wenn geltendes Recht staatlich nicht durchgesetzt wird, untergräbt genau diese politische Ignoranz das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft – und in den demokratischen Rechtsstaat! Daher wird es Zeit, nicht nur gesetzliche Tankregeln zu vollziehen und Verstöße auf Landesebene zu ahnden, sondern angesichts der Preissteigerungen auch wirksame Entlastungen für die Menschen im Land zu finanzieren.

Seit dem Beginn des Iran-Krieges im Februar sind die Gewinne der Mineralölkonzerne immer weiter angestiegen. BP verzeichnete im zweiten Quartal 2026 einen Gewinn von 5,7 Mrd. US-Dollar, plus 144 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Shell verzeichnete den dreifachen Gewinn des Vorjahreszeitraums, rund 10,8 Mrd. US-Dollar. Im europäischen Vergleich sind in Deutschland die Kraftstoffpreise in die Höhe geschnellt. Diese Gewinne, die sich als Vielfache von Vergleichszeiträumen abheben und letztlich Kriegsprofite sind, schlagen sich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern als Preissteigerungen an der Zapfsäule nieder. Es ist schlüssig, Entlastungen bei den Spritpreisen folglich auch durch diese Krisengewinne zu refinanzieren.

Berechnete Greenpeace für den deutschen Tankstellenmarkt im Juli noch 31,4 Millionen Euro zusätzliche Gewinne pro Tag – mit deren Abschöpfung die Bundesregierung täglich 1.500 Elektroautos oder 1.200 Wärmepumpen voll fördern könnte – waren es im September bereits 46,2 Millionen Euro an Übergewinnen auf dem deutschen Tankstellenmarkt pro Tag. Für den ganzen September lag die Prognose bei 1,4 Milliarden Euro an Übergewinnen.[10]

Die bereits 2022/23 eingesetzte Übergewinnsteuer (EU-Energiekrisenbeitrag) in Folge der Energieverknappung durch den Ukraine-Krieg wies einen zusätzlichen Steuersatz von 33 Prozent auf abweichende Gewinne jenseits einer 20-Prozent-Marke gegenüber durchschnittlichen Vergleichswerten auf und brachte der Bundesrepublik Einnahmen in Höhe von etwa 2,5 Mrd. Euro ein. Die EU-Kommission lehnte einen vergleichbaren Mechanismus ihrerseits nun ab, öffnete den Mitgliedstaaten aber die Möglichkeit, auf nationaler Ebene eine solche Steuer zu erheben. Dafür muss Nordrhein-Westfalen sich aktiv einsetzen. Angesichts der Ko-Finanzierung des zweiten „Tankrabatts“ durch die Länder besteht eine direkte finanzielle Betroffenheit. Der Ministerpräsident sollte über den Bundesrat an der Beseitigung des von ihm angeprangerten „Skandals“ mitwirken, die „Löcher in den Familienkassen“ stopfen und das „Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft“ – und die Demokratie – stärken.

---

[6] Ausschussprotokoll AWIKE vom 08.07.2026, APr 18/1269, S. 49 ff., unter: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA18-1269.pdf, sowie Vorlage 18/5282, S. 3 f., unter: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-5282.pdf

[7] Unter: https://www.giga.de/tech/tankstellen-abzocke-ab-12-uhr-erstes-bundesland-greift-ein--01KXDS8C44WV3K7CEGMAZVMEXA [05.10.2026].

[8] Vorlage 18/5282, S. 3.

[9] Ebd., S. 2.

[10] https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/oelausstieg/krieg-im-iran-teure-benzinpreise-uebergewinne-der-oelkonzerne

Auch hier gehen andere bereits voran: Polen hat mit einem Spritpreisdeckel und einer Mehrwertsteuersenkung auf Kraftstoffe aktuell eine Senkung der Spritkosten um ca. 30 Cent erreicht – doppelt so umfänglich wie hierzulande. Zum Maßnahmenpaket gehört die Refinanzierung über eine nationale Übergewinnsteuer, zu der in Polen selbst eine von marktliberalen, christdemokratischen Parteien getragene Regierung die Kraft hatte.[11]

II. Der Landtag stellt fest,

- dass der Ministerpräsident eine „skandalöse“ Praxis der Mineralölkonzerne kritisiert;
- dass die wirksame Besteuerung von Übergewinnen ein Gebot der Gerechtigkeit ist und diesen „skandalösen“ Zustand entschärft;
- dass wirksame Entlastungsmaßnahmen angesichts der Preissteigerungen für die Lebenshaltungskosten auch bei Kraftstoffpreisen umgesetzt werden müssen;
- dass diese Entlastungsmaßnahmen durch ein Abschöpfen der Übergewinne der Mineralölkonzerne refinanzierbar sind;
- die Landesregierung zur Durchsetzung geltender Tankregeln zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher seit April untätig geblieben ist.

III. Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- angesichts der finanziellen Beteiligung des Landes am sog. Tankrabatt gegenüber der Bundesregierung auf eine wirksame Abschöpfung der massiven Übergewinne der Mineralölkonzerne seit Beginn des Iran-Kriegs zu drängen;
- schnellstmöglich eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer nationalen Übergewinnsteuer auf den Weg zu bringen;
- wirksame Entlastungsmaßnahmen für die berufstätigen Familien und die Pendlerinnen und Pendler im Land zu unterstützen – z. B. über einen direkten Auszahlungsmechanismus für die untere Einkommenshälfte;
- die geltenden Kartellregeln, Markttransparenzinitiativen sowie bundesgesetzlichen Vorgaben des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes auf Landesebene aktiv umzusetzen, indem dem Bundeskartellamt die zuständigen Landesbehörden genannt sowie Verstöße geprüft, geahndet und mit Bußgeldern sanktioniert werden.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
André Stinka

und Fraktion

[11] https://www.zeit.de/wirtschaft/2026-10/spritpreisbremse-polen-benzinpreise-mehrwertsteuer-uebergewinnsteuer-karol-nawrocki-gxe